



Mehr Sicherheit am Nadelöhr

Gefahrenstelle Drei Brücken entschärfen

Es ist ein gefährliches Nadelöhr: der Bereich der „Drei Brücken“ auf der Wolfhager Straße. Diese Gefahrenstelle soll entschärft werden – besonders für Radfahrer*innen und den Individualverkehr in Richtung Innenstadt. In diesem Bereich steht in beide Richtungen nur eine Fahrspur zur Verfügung, die sowohl von Autos und Lastwagen als auch von Radfahrer*innen genutzt wird. Ein Radweg oder ein für Radler*innen freigegebener Bürgersteig als Ausweichmöglichkeit sind aufgrund der beengten Verhältnisse nicht vorhanden. Radfahrer*innen müssen sich daher in den Verkehr auf der stark befahrenen Bundesstraße einordnen.

In einem gemeinsamen Antrag fordern Grüne und SPD-Fraktion den Magistrat auf, geeignete Maßnahmen dafür auszuloten, diese Ecke in Rothenditmold sicherer zu machen. Ein Vorschlag der bei-

den Fraktionen ist es zu prüfen, ob sich die Verengung von zwei auf eine Fahrspur vor der Einfahrt in den zweiten Tunnel weiter nach vorn verlagern lässt. Außerdem soll geprüft werden, ob vor und nach diesem besonders engen Tunnel ein Schutzstreifen für Radfahrer*innen angelegt werden kann.

Obwohl an den drei Brücken Tempo 30 vorgeschrieben ist, fahren motorisierte Verkehrsteilnehmer*innen aus Richtung Harleshausen sehr oft deutlich zu schnell zur Tunneldurchfahrt, viele Autofahrer*innen versuchen auch, Radler*innen noch vor der Verengung zu überholen – besonders ortsfremde Verkehrsteilnehmer*innen, die die Lage zu spät erkennen. Bei Gegenverkehr gibt es keine Ausweichmöglichkeit, sodass Radfahrer*innen hier gefährlich gegen die Tunnelwand abgedrängt werden können.

Unterstützung für Bewohner*innen

Verkauf Belgische Siedlung

Die Grünen machen sich gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner SPD für die Bewohner*innen der Belgischen Siedlung stark. In einem gemeinsamen Antrag fordern die Fraktionen den Magistrat auf, gegenüber der Bundesregierung und der verantwortlichen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) auf eine sozialverträgliche und der Stadtteilentwicklung dienlichen Verkauf der Häuser zwischen Ludwig-Mond-Straße und Adolfstraße zu drängen. Basis der Verkaufsverhandlungen der BIMA mit Interessenten soll eine „Sozialcharta“ sein. „Wir wollen bezahlbaren Wohnraum und ein gutes Sozialgefüge im Herzen Wehlheidens erhalten“, erklärt Joachim Schleissing, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der grünen Fraktion.



Joachim Schleissing

Dabei sollten BIMA, interessierte Wohnungsgesellschaften und Mieter*innen Gespräche führen, an denen sich ebenfalls die Stadt beteiligen sollte. Auch die heimischen Bundestagabgeordneten Nicole Maisch und Ulrike Gottschalck sollen einbezogen werden. Beide haben sich für das Thema bereits engagiert.

Chance für Mensch und Umwelt

Stromspar-Check Plus in den Ausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, dass die Aktion Stromspar-Check Plus im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport durch einen Vertreter oder eine Vertreterin des Jobcenters Kassel vorgestellt werden soll. Die Initiative verfolgt unter anderem das Ziel, den Stromverbrauch und somit die Kosten in einkommensschwachen Haushalten zu reduzieren. Langzeitarbeitslose, die als Stromsparhelfer*innen tätig sind, erhalten die Chance auf einen Wiedereinstieg ins Berufsleben. Die Aktion leistet so einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Ausstattung nach Bedarf

Reform des Kommunalen Finanzausgleichs

Die SPD hat einen von der grünen Fraktion ergänzten Antrag zur Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs eingebracht. Darin fordert die Kasseler Stadtverordnetenversammlung Hessens Landesregierung sowie den Landtag auf, die Kommunen zukünftig finanziell bedarfsgerecht auszustatten. Hessische Kommunen sollen dadurch nicht nur ihre Pflichtaufgaben, sondern auch die

gesellschafts- und sozialpolitisch notwendigen freiwilligen Aufgaben erfüllen können. Dasselbe muss für Kultur und Sport gelten.

Erfreulich ist, dass der von den Grünen geforderte Zuschlag für die oberzentrale Funktion von Städten im Entwurf zur Neugestaltung bereits vorgesehen ist. Obwohl noch viele Fragen offen sind, hat die Landesregierung ein Konzept vorgelegt, das für die meisten Kommunen akzeptabel ist. Positiv für Kassel: Die Stadt profitiert von den Änderungen. Auf der Basis der Zahlen von 2014 hätte Kassel mit einem Plus von mehr als 14 Millionen Euro rechnen können.

Grundlage der Selbstverwaltung

Der kommunale Finanzausgleich sichert in Hessen den Kommunen die finanziellen Grundlagen ihrer Selbstverwaltung und gleicht deren unterschiedliche Finanzkraft zu einem beträchtlichen Teil aus. Das Verfahren ist in seinen wesentlichen Zügen seit Anfang der 50er-Jahre über Jahrzehnte unverändert. Bisher erhalten die Städte, Gemeinden und Landkreise vom Land pauschal gut 23 Prozent der Steuereinnahmen. Der Staatsgerichtshof hatte entschieden, dass ab 2016 für jede Kommune der genaue Finanzbedarf ermittelt werden muss.